Auszug
aus der Niederschrift über die
19. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Planungs- und Bauausschusses
vom 15.12.2021

Vorsitzender, 2. Bürgermeister:

Herr Christian Stangl;

Ausschussmitglieder:

Herr Adrian Best; Herr Thomas Brückner; Herr Karl Danke; Frau Theresa Hannig; Herr Franz Höfelsauer; Herr Andreas Lohde; Frau Gina Merkl; Herr Mirko Pötzsch; Herr Johann Schilling; Herr Georg Stockinger; Frau Irene Weinberg; Frau Dr. Alexa Zierl;

Vertreter/in:

Herr Willi Dräxler; Herr Dr. Georg Jakobs;

Beratungspunkt (öffentlich):

TOP 7	Sachantrag Nr. 064/2020-2026 ÖDP BBV Antrag klimaneutrales, umweltfreundliches und gesundes Bauen
--------------	--

Sachvortrag:

Die Beschlussvorlage Nr. 2578/2021 (Anlage: SA-Nr. 064) dient den Ausschussmitgliedern als Diskussionsgrundlage.

2. Bgm. Stangl hat eine redaktionelle Anmerkung zu Ziff. 3 des Beschlussvorschlages. Seiner Ansicht nach ist die Formulierung des übernommenen Originalantragstextes „...Minimierung der Grauen Energie“ sprachlich insofern widersprüchlich, dass die Graue Energie vergegenständlicht ist und möglichst erhalten bleiben soll. **Stadtrat Lohde** vermutet, dass mit dieser Formulierung gemeint ist, die Entstehung neuer Graue Energie zu minimieren und den Erhalt Grauer Energie wo möglich zu forcieren.

Stadträtin Dr. Zierl stellt nunmehr den von ihr gemeinsam mit Stadtrat Götz gestellten Sachantrag vor und zeigt sich erfreut darüber, dass der Antrag bei der Verwaltung so großen Anklang gefunden hat. Außerdem lobt sie den städtischen Hochbau, welcher sich bei der Umsetzung der neuen Kinderkrippe und Kindertagesstätte ohnehin schon vorbildlich zeigt.

Stadtrat Stockinger betont, dass er dem Antrag keinesfalls zustimmen wird. Nachdem die EU-Kommission beabsichtigt, das klimaneutrale Bauen komplett zu reformieren, sollte seiner Ansicht nach die Stadt nicht vorseilen. Außerdem stellt sich ihm die Frage, wie z.B. produzierendes Gewerbe mit hohem Energieverbrauch einen CO₂-Neutralitäts-Nachweis erbringen soll. Was den Umstieg von Beton auf Holz als umweltfreundlichen und gesunden Baustoff anbelangt so gibt er zu bedenken, dass Konstruktionshölzer nach statischen und brandschutzrechtlichen Vorgaben behandelt sein müssen. Dies bedeutet wiederum, dieses Material darf gemäß bestehender Altstoffverordnung beim Abbruch stofflich nicht mehr verwertet sondern muss verbrannt werden. Ein noch größeres Problem stellt aus seiner Sicht in Zukunft die aufwendige Entsorgung von verklebten Materialien dar.

Zur Vereinfachung und um den Gedanken der Subsidiarität gerecht zu werden, regt **Stadtrat Lohde** zu Ziff. 1 des Beschlussvorschlages folgende Formulierung an: „Der Stadtrat beschließt, den Beschluss vom 29.11.2016 den Regularien und Verordnungen der Bundesregierung entsprechend zu aktualisieren.“ Bezugnehmend auf die Ziff. 2 des Beschlussvorschlages ist er der Ansicht, dass auf das Gemeinwohl und auf die Retinität geachtet werden muss, weshalb es durchaus nachvollziehbar ist, dies in der Matrix zu berücksichtigen. Sofern unter Ziff. 3 tatsächlich gemeint ist, bestehende Graue Energie maximal zu nutzen und neue Graue Energie so wenig wie möglich zu erzeugen, kann er auch diesem Beschlusspunkt zustimmen.

Stadtrat Brückner sieht den Sachantrag positiv und signalisiert analog den Ausführungen von Stadtrat Lohde seine Zustimmung. Insbesondere die Ziff. 3 des Beschlussvorschlages hält er für wichtig und kann den Bedenken von Stadtrat Stockinger nicht folgen. Der Leitfaden der Erzdiözese München und Freising sei sehr streng und gehe genau auf den Umgang mit schadstofffreien Baumaterialien ein.

Für **Stadtrat Höfelsauer** ist die Beschlussziffer 2 von großer Wichtigkeit, da bei der Beurteilung von Gewerbeansiedlungen die Klimaneutralität eine große Rolle spielen muss, wenngleich die Gewerbebetriebe mittlerweile im eigenen Interesse so weit sind, möglichst wenig Energie zu verbrauchen.

Am Beispiel der neu errichteten Kinderkrippe in Holzbauweise schildert nunmehr **Herr Dachsel** die Komplexität und betont, dass bereits auf hohem Niveau Holzbauarbeiten realisiert werden. Den Leitfaden der Erzdiözese sieht er als Richtschnur, jedoch müsse mit Augenmaß vorgegangen werden. Bei einer weiteren Erhöhung der Standards sieht er Probleme sowohl hinsichtlich der termingerechten Fertigstellung als auch der Finanzierbarkeit. Ansonsten sind alle Punkte eine Bestätigung dessen, was ohnehin bereits umgesetzt wird, was auch für die Beschlussziffern 1 und 2 gilt.

Stadtrat Best schließt sich den Ausführungen seiner Vorredner Stadtrat Lohde, Stadtrat Brückner sowie Herrn Dachsel an. Nachdem die Stadt München bereits mit regenerativen Baustoffen baut und damit sehr zufrieden ist, nachdem es nicht nur die Umwelt sondern auch den Geldbeutel schont, sollte der Kostenfaktor nicht außer Acht gelassen werden. Ansonsten begrüßt er den in die Zukunft gehenden Antrag.

Stadträtin Dr. Zierl weist darauf hin, dass sich die von Stadtrat Stockinger vorgebrachten Änderungen der EU-Kommission auf Sanierungen sowie Altbauten beziehen. Die Ziff. 1 ihres Antrages jedoch zielt komplett auf Neubauten ab, weshalb sie um Zustimmung bittet und gleichzeitig auch darum, den Beschluss nicht auf die Regularien und Verordnungen der Bundesregierung abzustellen, da deren Koalitionsvertrag Klimaneutralität bis 2045 vorsieht.

Stadtrat Schilling verdeutlicht in seiner Wortmeldung, dass neben der unter Ziff. 1 geforderten bilanziellen Klimaneutralität auch die damit für den Bauherrn verbundenen Mehrkosten bedacht werden sollten. Er ist davon überzeugt, dass es ganz ohne Beton auch in der Zukunft nicht gehen wird. In den Vorschlag von Stadtrat Lohde, den Vorgaben der Bundesregierung mit KfW 40 zu folgen, sieht er momentan einen gangbaren Weg. Dem Vorschlag unter Ziff. 1 von Stadträtin Dr. Zierl wird er nicht zustimmen.

Ein sehr wichtiger Aspekt bei der Bewertung ist für **Stadtrat Dräxler** die Herkunft der Baustoffe, weshalb er darum bittet, diesen insbesondere im Hinblick auf die Ökobilanz künftig zu berücksichtigen.

Grundsätzlich begrüßt **Herr Dachsel** diese Anregung, jedoch steht dem das Vergaberecht entgegen, da hier nicht explizit der Herkunftsort der Materialien festgeschrieben werden kann. Er versichert, sofern die Möglichkeit besteht, bei der Wahl des Holzes diesen Aspekt zu berücksichtigen.

Stadtrat Pöttsch hält den Antrag zwar für sinnvoll und wird diesem auch zustimmen, allerdings sieht er ähnlich wie Stadtrat Schilling die damit verbundene Kostenproblematik. Außerdem weist er auf den unter Ziff. 2 des Beschlussvorschlages sprachlich etwas holprig formulierten Satz 2 hin.

Nach weiteren Redebeiträgen von **2. Bürgermeister Stangl**, **Herrn Dachsel**, den **Stadträten Lohde**, **Brückner** und Herrn Reize insbesondere zu den durch eine klimaneutrale Bebauung verursachten Mehrkosten schlägt **Stadträtin Dr. Zierl** zu Ziff. 2 Satz 2 folgende Umformulierung vor: „Der/die Anfragende hat zudem nachzuweisen, ob und ggf. wie eine CO₂-neutrale Energieversorgung des Betriebs vorgesehen ist.“ Zu Ziff. 3 schlägt sie vor, die Formulierung „Minimierung der...“ zu streichen.

Mit dem Hinweis, dass es sich um einen Empfehlungsbeschluss an den Stadtrat handelt, stellt **2. Bürgermeister Stangl** die Beschlussziffern 1 – 3 getrennt zur Abstimmung

Geänderter Beschluss:

Der Planungs- und Bauausschuss empfiehlt dem Stadtrat wie folgt zu beschließen:

1. Der Stadtrat beschließt, den Beschluss vom 29.11.2016 dahingehend zu überarbeiten, dass statt KfW 55 ab sofort bilanzielle Klimaneutralität bezüglich des Energieverbrauchs im laufenden Betrieb (Strom, Wärme) gefordert wird.

Ja-Stimmen: 11
Nein-Stimmen: 4

2. Der Stadtrat beschließt, dass zukünftig bei Anfragen zur Ansiedlung von Gewerbebetrieben der voraussichtliche Energieverbrauch in die Bewertungsmatrix mit aufgenommen wird. Der/die Anfragende hat zudem nachzuweisen, ob und ggf. wie eine **CO₂-Neutralität** vorgesehen ist.

Ja-Stimmen: 14
Nein-Stimmen: 1

3. Der Stadtrat beschließt weiterhin, dass für städtische Bauprojekte zusätzlich auf **die Graue Energie** und auf umweltfreundliche und gesunde Baustoffe geachtet wird. Als Vorbild dient der Leitfaden „Nachhaltige Baumaterial- und Baustoffwahl“ der Erzdiözese München und Freising.

Ja-Stimmen: 14
Nein-Stimmen: 1

Für die Richtigkeit des Auszuges:
Fürstenfeldbruck, 25.01.2022

Ramona Schmid
Schriftführerin

gez. Christian Stangl
2. Bürgermeister